

# Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:15 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Bernd Bornemann

ANWESENDE:

## **SPD**

Beigeordneter Bernd Bornemann (Vorsitzender)  
Ratsfrau Regina Meinen für Ratsfrau Berendine Bamminger  
Ratsherr Richard Janssen für Ratsfrau Helga Grix  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Ratsherr Rico Mecklenburg

## **CDU**

Ratsherr Kurt Hannappel  
Frau Bürgermeisterin Andrea Risius für Ratsherr Reinhard Hegewald

## **FDP**

Ratsherr Erich Bolinius für Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordnete Hilgriet Eilers für Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Werner Koch  
Herr Gerhard de Wit  
Herr Joseph Kaufhold  
Herr Thomas Hinrichs  
Frau Jessica Murra  
Herr Rainer Geerken  
Herr Arthur Kalvelage

## **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

**Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)  
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

## **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Martin Lutz  
Stadtbaurat Andreas Docter  
Fachbereichsleiter Tom Sprengelmeyer  
Stadtamtsrat Thomas Buß  
Städt. Amtsinspektorin Doris Kramer

## **als Gast**

Frau Regierungsschuldirektorin Bier-Wißmann

**Vertreter der Presse:** 2

**Zuhörer:** 8

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005**

---

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Bornemann** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Lutz** gibt bekannt, dass die Beschlusvorlage zu TOP 6 „Einstellung der Winterregelung“ von der Verwaltung zurückgezogen wird. Am 24.05.2005 sei diese Maßnahme im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bereits vom Rat beschlossen worden.

**Herr Bornemann** fragt an, ob die Vorlage ganz zurückgezogen werde, oder ob sie noch als Mitteilungsvorlage behandelt werde.

**Herr Lutz** erwidert, dass der Beschluß gefaßt und somit keine Mitteilung mehr erforderlich sei.

**Herr Hannappel** bittet darum, diese Vorlage als Mitteilungsvorlage zu behandeln, da es noch Anfragen dazu gebe.

**Herr Mecklenburg** moniert, dass der Schulausschuß sich mit dieser Thematik nunmehr nicht befassen könne. Es sei bekannt, dass dieses Thema in den vergangenen Jahren immer intensiv diskutiert worden sei. Er plädiere für die Beibehaltung der Winterregelung.

**Herr E. Bolinius** regt an, die Beschlusvorlage bestehen zu lassen um darüber in der heutigen Sitzung noch einmal abzustimmen.

**Herr Schaudinn** spricht sich für die Beibehaltung der Winterregelung aus und erklärt, es gebe auch andere Möglichkeiten um Kosten in der Schülerbeförderung zu reduzieren.

**Herr de Wit** lehnt die Absetzung der Vorlage ab und spricht von Willkür. Es sei unverständlich, dass der Stadtelternrat erst vor wenigen Tagen um eine Stellungnahme gebeten wurde, obwohl die Einstellung der Winterregelung längst beschlossen sei. Da den Elternvertretern der Ratsbeschlus nicht bekannt sei werde es mit Sicherheit Proteste dagegen geben.

**Herr Lutz** weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung in 2 Sitzungen die Einstellung der Winterregelung besprochen habe und zwar in der 10. und 13. Sitzung. In der 13. Sitzung wurde die Streichung der Winterregelung aufgenommen und später vom Rat beschlossen.

**Herr Bornemann** stellt fest, dass die Haushaltskonsolidierung das Haushaltsjahr 2006 betreffe. Da die Winterregelung aber im November 2005 beginne, würde sie noch bis Dezember 2005 gelten und ab Januar 2006 eingestellt werden.

**Herr de Wit** erklärt, dass alle Mitglieder des Stadtelternrates sich gegen eine Streichung der Winterregelung ausgesprochen hätten. Er finde das jetzige Verfahren ungeheuerlich.

**Herr E. Bolinius** hält es für ein Armutszeugnis, was sich in der Sitzung abspiele. Die Verwaltung solle über ihren Schatten springen und eine Lösung finden.

**Frau Eilers** erkundigt sich, warum die Beschlusvorlage überhaupt auf der Tagesordnung stehe.

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005**

---

**Herr Lutz** entschuldigt sich und räumt eine fehlerhafte Abstimmung innerhalb der Verwaltung ein.

**Herr Schaudinn** versteht nicht, warum eine Stellungnahme des Stadtelternrates eingeholt wurde, wenn bereits ein Beschluß vorhanden sei.

**Herr Mecklenburg** bemerkt, dass es verwirrend sei, wenn die Winterregelung für November und Dezember 2005 noch gelte und ab Januar 2006 nicht mehr. Er beantragt den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen, dann aber als Mitteilungsvorlage.

**Herr Bornemann** fragt die Verwaltung, ob es möglich sei den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen.

**Herr Lutz** entgegnet, dass in dringenden unaufschiebbaren Fällen ohne Einhaltung einer Ladungsfrist die Tagesordnung erweitert werden könne. Dieser Fall komme hier aber nicht zum Tragen, da die Angelegenheit nicht unaufschiebbar sei.

**Herr Mecklenburg** gibt zu bedenken, dass die nächste Schulausschusssitzung sicher unmittelbar vor Beginn der Winterregelung stattfinde. Es halte diesen Punkt für dringend und bitte die Tagesordnung zu erweitern.

**Herr Sprengelmeyer** erwidert, dass am 29.09.05 eine gemeinsame Schul- und Jugendhilfeausschusssitzung stattfinde. Man könne dann über diesen Punkt noch einmal beraten.

**Herr Bornemann** fragt, ob die Tagesordnung in der veränderten Form angenommen werde. Sollte dieses nicht der Fall sein, würde die Sitzung beendet sein.

Da Uneinigkeit unter den Ausschussmitgliedern eintritt, wird über die Feststellung der Tagesordnung abgestimmt.

Ergebnis:     10 Ja-Stimmen  
                  5 Nein-Stimmen  
                  2 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit festgestellt.

**Punkt : 3**        Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder

**Herr Bornemann** verpflichtet Herrn Reiner Geerken als Vertreter der Arbeitnehmerverbände.

**Punkt : 4**        Genehmigung der Niederschrift 16 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 02.06.2005

**Herr Bornemann** gibt bekannt, dass die Seite 10 der Niederschrift Nr. 16 nicht mit ausgeliefert wurde und nachgeliefert werde. Die Genehmigung der Niederschrift werde somit in der nächsten Schulausschusssitzung erfolgen.

*Anmerkung der Protokollführung*

*Die Seite 10 der Niederschrift Nr. 16 wurde am 02.09.05 mit der Ratspost zugestellt.*

## Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005

---

**Punkt : 5** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es liegen keine Fragen vor.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 6** Vorlage 14/1815-00  
Schülerbeförderung; Einstellung der Winterregelung

**Beschluss:** Die bisher als freiwillige Leistung der Stadt Emden praktizierte Winterregelung in der Schülerbeförderung wird ab 01.11.2005 eingestellt.

**Ergebnis:** Von der Verwaltung zurückgezogen.

### M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

**Punkt : 7** Vorlage 14/1814-00  
Erweiterung der Förderschule Pestalozzischule

**Herr Buß** erläutert die Vorlage und teilt mit, dass bis jetzt 6 Schulen den Ganztagsbetrieb aufgenommen hätten, für die aber noch keine Zuwendungsbescheide vorlägen. Er führte weiter aus, dass ein Schreiben der Landesschulbehörde zu den Planungen für die Pestalozzischule eingegangen sei. Die weiteren Planungsarbeiten für die Förderschule seien vorläufig ausgesetzt worden. Man müsse erst wissen, mit welcher Fördersumme zu rechnen sei. Den Fraktionen werden die Planungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

**Herr Lutz** ergänzt, dass die Landesschulbehörde entgegen bisheriger Praxis mitgeteilt habe, dass nicht alle geplanten Räume für den Ganztagsbetrieb zu 100 % förderfähig seien. Aufgrund eines Erlasses, der erst ca. 2 Monate nach Ende der Antragsfrist herausgegeben worden sei, seien bestimmte Räume, u.a. die Küche mit den Nebenräumen und der Musikraum, nunmehr nur noch zu 25 % förderfähig. Die Stadt sei aufgefordert worden, neue Zahlen zu den Bausummen vorzulegen und eine Aussage zu treffen, ob unter den geänderten Fördersätzen an der ursprünglichen Planung festgehalten werde. Wahrscheinlich würden die Anträge der fünf weiteren Ganztagschulen auch noch einmal näher geprüft.

**Herr Buß** stellt die Pläne der Pestalozzischule vor.

**Herr Mecklenburg** möchte wissen von welcher Zuwendungssumme man ausgehen könne und wann mit den Zuwendungsbescheiden zu rechnen sei.

**Herr Lutz** erwidert, dass die Verwaltung noch keine konkreten Aussagen machen könne.

**Herr E. Bolinius** erklärt, dass alle Anträge noch einmal auf den Prüfstand kämen. Wer zuerst die Förderanträge abgegeben habe, werde auch als erster etwas bekommen. Die Stadt Emden habe zwar ihre Anträge termingerecht abgegeben, andere Kommunen seien aber schneller gewesen. Notfalls müsse man sich mit Zuwendungen in Folgejahren zufrieden geben.

**Herr Lutz** stellt klar, dass alle Förderanträge zusammen in einem Paket durch einen Boten direkt in der Landesschulbehörde abgegeben wurden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005

---

**Punkt : 8** Vorlage 14/1816-00  
Sachstandsbericht; Bautätigkeiten in den Schulen

**Herr Lutz** führt einleitend aus, dass Herr Baumann und Herr Fischer-Joost vom Gebäudemanagement der Stadt Emden den baulichen Zustand aller Emdener Schulen überprüft hätten und in der heutigen Sitzung eine Zwischenbilanz aufzeigen.

**Herr Baumann** stellt anhand einer Power-Point Präsentation den Sachstand der Schulbausanierungen dar und weist dabei auf teilweise gravierende bauliche und sicherheitstechnische Mängel hin. Aus dem aufgelegten Investitionsprogramm „Allianz der Vernunft“ habe man von den für die Schulen zur Verfügung gestellten 5 Mio. Euro bislang die Hälfte investiert. Bisher seien 65 Aufträge an Firmen vergeben worden, wovon 51 Emdener Firmen den Zuschlag erhielten. Ziel des Investitionsprogramms sei es auch, dem Handwerk und den mittelständischen Unternehmen zu helfen.

Die Stadt Emden werde auch das Öko-Schulprogramm wieder aufnehmen. Mit den Einsparungen aus Energiesparmaßnahmen können langfristig Investitionen finanziert werden.

**Herr Stolz** würdigt die bislang geleistete Arbeit des Gebäudemanagements und appelliert, die Schulen weiter zu sanieren und bestehende Mängel zu beseitigen. Es müsse noch viel Geld investiert werden.

**Herr de Wit** fragt nach, wer für die Kosten der Reparatur von 19 Schulcomputern der Realschule Emden aufkomme, die bei der Dachgeschosssanierung verunreinigt wurden.

**Herr Baumann** entgegnet, dass die Computer in der nächsten Woche wieder einsatzbereit seien. Wer für den Schaden aufkomme, werde noch geklärt.

**Herr Hannappel** möchte wissen, warum die BBS II nicht vom Gebäudemanagement mit übernommen wurde.

**Herr Baumann** entgegnet, dass die BBS II wahrscheinlich 2007 übernommen werde. Das Gebäudemanagement habe die Schulen in 2 Schritten übernommen. Die Berufsbildende Schulen II als größte Schule werde aufgrund der erheblichen Kosten in der Bauunterhaltung in einem 3. Schritt folgen.

**Herr Mecklenburg** unterstützt die Einführung des Energiesparprogramms und spricht sich für eine rasche Umsetzung aus.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 9** Vorlage 14/1818-00  
Modellvorhaben zur präventiven und begleitenden Förderung von Grundschülerinnen und Grundschüler im emotionalen und sozialen Bereich

**Herr Buß** stellt das Modellvorhaben vor.

**Frau Bier-Wißmann** erläutert das inhaltliche Konzept des Modellvorhabens. Erschreckend sei, dass die Kosten in der Erziehungshilfe auffallend expandiert seien. Betrogen die Erziehungshilfekosten 1995 noch 3.500,00 €, beliefen sie sich 2003 auf 262.000,00 €. Erfreulich sei, dass aufgrund der Genehmigung des Modellvorhabens zum 01.08.2005,

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005**

Emden Lehrerstunden für zwei zusätzliche Förderstellen erhalten habe. Dadurch, dass die Schüler vor Ort integrativ beschult würden, können Kosten für die Beschulung außerhalb Emdens eingespart werden. Die Stadt Emden beteiligt sich an der Finanzierung des Modellvorhabens mit einer sozialpädagogischen Fachkraft im Rahmen von 20 Stunden wöchentlich.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, dass ein Erziehungshilfefall im Monat Kosten von ca. 2.300,00 € verursache.

**Herr Kaufhold** begrüßt das Modellvorhaben nicht nur im Hinblick auf die Kostenersparnis sondern auch wegen der Schüler, die jetzt in ihrem gewohnten Umfeld bleiben werden. Nunmehr sei die Hilfe am Ort zu leisten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### **Punkt : 10** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**1. Herr Buß** gibt nachstehende Mitteilungen bekannt:

a) Herr Hollmann hat seine Mitgliedschaft als Lehrervertreter der allgemeinbildenden Schulen niedergelegt. Die Neuwahl eines Lehrervertreters habe noch nicht stattgefunden.

b) Der Haupt- und Realschule Osterburgschule ist zum 01.08.2005 eine halbe Stelle einer Schulsozialarbeiterin zugewiesen worden. Diese Stelle wird für 1 Jahr vom Land finanziert.

c) Frau Mosler-Heetderks ist zur ständigen Vertreterin des Schulleiters des Johannes-Althusius-Gymnasiums ernannt worden.

d) Herr Köster ist zum Konrektor der Barenburgschule ernannt worden.

e) Die Schulleiterstelle der Realschule Emden wird ausgeschrieben. Der Schulleiter, Herr Wessel, nimmt ab August 2006 die Passivphase der Altersteilzeit in Anspruch.

**2. Frau Bier-Wißmann** teilt mit, dass die Schulleiterstelle der Grundschule Grüner Weg im Juni ausgeschrieben war. Bedauerlicherweise seien keine Bewerbungen eingegangen. Es werde eine erneute Ausschreibung vorgenommen.

### **Punkt : 11** Anfragen

**Herr de Wit** möchte wissen, was zu tun sei, um einen Antrag zur Beibehaltung der Winterregelung zu stellen.

**Herr Hannappel** bemerkt, dass ihm morgens auf dem Weg zur Arbeit diverse Taxen mit Schulkindern entgegenkommen. Er möchte wissen, wie viele Kinder mit Taxen befördert werden, welche Kosten der Stadt Emden dadurch entstehen, aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage diese Beförderungen durchgeführt werden und ob es noch andere Fahrtkostenzuschüsse gebe.

*Anmerkung der Protokollführung:  
siehe Anlage 1*

## **Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 01.09.2005**

**Herr Sprengelmeyer** erwidert auf Herrn de Wits Frage, dass die Verwaltung die Ratsbeschlüsse umzusetzen habe. Um eine Änderung herbeizuführen, müsse ein neuer Ratsbeschluss gefasst werden. Er werde auf der nächsten Schulausschusssitzung die Winterregelung noch einmal thematisieren.

**Herr Koch** fragt an, ob es nicht möglich sei, Eltern Kosten zu erstatten, wenn Ihre Kinder auf eine ihnen zustehende Busfahrkarte verzichten und stattdessen mit dem Fahrrad zur Schule fahren.

**Herr Lutz** führt zur Frage von Herrn de Wit aus, dass lt. Geschäftsordnung des Rates die Fraktionen bis zu 14 Tage vor einer Sitzung Anträge stellen können. Er müsse sich für einen entsprechenden Antrag also eine Fraktion suchen, die diesen Antrag stelle. Die Verwaltung werde versuchen, zwischendurch einen Sitzungstermin zu finden.

**Herr Lutz** führt weiter aus, dass Eltern einen Anspruch auf eine Busfahrkarte haben, wenn die Mindestentfernung erreicht werde. Es dürfe keinen Anreiz geben, auf ein zustehendes Recht zu verzichten. Ein Wahlrecht zwischen Beförderung einerseits und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg andererseits sehe das Nds. Schulgesetz nicht vor. Es stehe im Ermessen des Schulträgers von welcher der beiden Möglichkeiten er Gebrauch mache. Die Stadt Emden habe sich für die Durchführung der Beförderung entschieden.

**Herr E. Bolinius** stellt fest, dass die Winterregelung bis zum 31.12.2005 gilt und ab dem 01.01.2006 eingestellt werde. Er ist der Auffassung, dass der in dieser Form gefasste Beschluss des Rates anders hätte gefasst werden müssen. An Herrn Koch gerichtet verweist er darauf, dass ein vor Jahren von der FDP gestellter Antrag zum Thema „Zahlung eines Radwegegeldes“ seinerzeit abgelehnt wurde.

**Herr de Wit** möchte wissen, in welcher Ratssitzung beschlossen wurde, die Winterregelung einzustellen.

Herr Stolz moniert, dass unter dem jetzigen Punkt Anfragen immer wieder diskutiert werde. Nach der Geschäftsordnung stellt er den Antrag die Diskussion abzubrechen.

Die Mehrheit der Anwesenden spricht sich gegen eine weitere Diskussionen aus.

**Herr Mecklenburg** führt aus, dass es nicht bürgerfreundlich sei, wenn die Winterregelung nicht Thema der nächsten Schulausschusssitzung sei.

**Herr Lutz** ergänzt, dass der Rat am 27.04.2005 in öffentlicher Sitzung das Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen habe. Unter Punkt 26 der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, die als Anlage der Ratsvorlage beigefügt war, ist der Wegfall der Winterregelung für 2006 beschlossen worden.

**Herr Stolz** möchte die Übergangszahlen zu den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien wissen. Außerdem die Durchschnittsklassengröße, die Unterrichtsversorgung und den Unterrichtsausfall.

**Herr Buß** teilt mit, dass die Statistik zum Stichtag 30.09.2005 noch nicht vorliege. Sie werde entweder dem Protokoll beigefügt oder in der nächsten Sitzung bekannt gegeben. Die Zahlen zur Unterrichtsversorgung müssten von der Landesschulbehörde erfragt werden.